

**Wie gedenken Sie, den noch immer vorherrschenden Antiziganismus zu bekämpfen?**

Die SPD hat mit mehreren Anträgen in der Bürgerschaft klar gemacht, dass für rassistische oder andere herabsetzende Diskriminierung kein Raum in Hamburg ist. Unter anderem deshalb haben wir das Hamburger Landesprogramm gegen Rechtsextremismus überarbeitet und neu aufgelegt. Zu den Erscheinungsformen und Ursachen von Rechtsextremismus, die sich zu einer Ideologie der Ungleichwertigkeit zusammensetzen, gehört ausdrücklich auch der Antiziganismus, d.h. die Abwertung von Sinti und Roma und die Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus.

Wir sind in den vergangenen Jahren jeder Form des politischen oder religiösen Extremismus konsequent entgegengetreten und haben u. a. den Verfassungsschutz seit 2015 personell um circa 50 Stellen verstärkt. Gerade die wachsende Gefahr des Rechtsextremismus wird von uns mit aller Entschlossenheit bekämpft. Wir werden den Verfassungsschutz und den polizeilichen Staatsschutz weiter stärken, um insbesondere gegen Hass und Hetze, gegen rechtsextremistische Aktivitäten im Internet und den sozialen Medien vorzugehen.

Wir haben als erstes Land eine Spezialeinheit des Verfassungsschutzes zur Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen im Internet ins Leben gerufen. Diesen Kurs werden wir fortsetzen und den Kampf gegen den Rechtsextremismus noch wirksamer führen.

Antisemitismus hat in unserer Stadt keinen Platz. Das gilt auch für Antiziganismus.

In einem „Kompetenznetzwerk Rechtsextremismus“ bringen wir behörden- und institutionenübergreifend alle Expertinnen und Experten an einen Tisch, die interdisziplinäre Zusammenarbeit verstärken und die Kräfte bündeln. Mit einer neuen Sonderabteilung bei der Staatsanwaltschaft wollen wir den Kampf gegen Hass und Hetze im Internet verstärken. Auch in den letzten Jahren war das Thema Antiziganismus immer wieder Schwerpunktthema im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus.

Hamburg ist eine freie und eine weltoffene Stadt, in der Vielfalt gelebt und geschätzt wird. Es gehört zu unserem Grundverständnis, Toleranz und demokratisches Miteinander als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen und zu fördern.

Viele Menschen in unserer Stadt engagieren sich auf unterschiedlichen Ebenen gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. Wir wollen dieses Engagement ausdrücklich unterstützen. Wir werden Präventions- und Beratungsprojekte verstetigen und weiter stärken.

Im Rahmen der Förderrichtlinie zum Programm gegen Rechtsextremismus setzen wir uns auch für die Förderung von konkreten Projekten gegen Antiziganismus ein. Die Hamburger Beratungsstellen zur Diskriminierungserfahrung und Aufklärung über die Ansprüche nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) „Amira“ und „Empower“ beraten von Diskriminierung Betroffene. Beide Beratungsstellen haben einen Schwerpunkt bei der Arbeit gegen rassistische Diskriminierung.

**Wie würden Sie die Aufklärung über die Geschichte und den NS-Holocaust an den Roma und Sinti in den Schulplänen voranbringen wollen?**

Die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes nimmt einen breiten Raum in den schulischen Bildungsangeboten ein. Hierzu gibt es eine Vielzahl von Handreichungen und Instrumenten für den Unterricht.

## **Rom und Cinti Union e.V.: Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2020 Antworten der SPD**

Der Besuch von Gedenkstätten, die an die Vernichtung von Menschen im Nationalsozialismus erinnern, hinterlässt nachgewiesenermaßen einen bleibenden Eindruck, der noch stärker zu gewichten ist als die schulische Bildung.

Die Gedenkstätten Hamburgs wie die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die Gedenkstätte Bullenhuser Damm, die Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel und die Gedenkstätte Fuhlsbüttel werden daher als Bildungsstätten permanent weiterentwickelt und ergänzt. Darüber hinaus wird der 2017 eingeweihte Gedenkort denk.mal Hannoverscher Bahnhof in der Hamburger HafenCity bis 2021 um ein Dokumentationszentrum ergänzt (Drs 21/12971 vom 8. Mai 2018), in dem die Deportation von über 8.000 Juden sowie Sinti und Roma aus Hamburg in die Gesamtgeschichte der NS-Verbrechen eingeordnet wird.

Vom dem im heutigen Lohsepark gelegenen Standort des Hannoverschen Bahnhofs aus wurden zwischen 1940 und 1945, mehr als 8.000 Juden, Sinti und Roma aus Hamburg und Norddeutschland in 20 Eisenbahntransporten in die Ghettos und Vernichtungslager Ost- und Mitteleuropas verschleppt. Zudem wurden von hier aus etwa 1.000 Personen, überwiegend politische Gegner, zum Bewährungsbataillon 999 zwangsrekrutiert.

Als Ort des Gedenkens und der Information entsteht bis voraussichtlich 2022 im und am Lohsepark das aus drei Elementen (zentraler Gedenkort am ehemaligen Bahnsteig, die von dort zum Bahnhofsvorplatz führende „Fuge“ und ein Dokumentationszentrum) bestehende Gedenk- und Dokumentationsstätte denk.mal Hannoverscher Bahnhof, die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme maßgeblich mit entwickelt wurde und von der neuen Stiftung weiter konzipiert sowie später betrieben und unterhalten wird.

### **Welchen Druck können Sie als Spitzenkandidat ausüben, um die Fluchtursachen und die Verfolgung der Roma in deren Herkunftsländern zu thematisieren?**

Innerhalb der EU unterstützen wir die Politik zum Schutz von Sinti und Roma. In den letzten Jahren gab es Kontakte zwischen sozialdemokratischen Mitgliedern des Senats und Ministerinnen und Ministern osteuropäischer EU-Mitgliedsstaaten. Insofern EU-Mitgliedsstaaten betroffen sind, könnte auch eine Sozialstaatskonferenz während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine Gelegenheit zur Thematisierung bieten.

### **Wie beabsichtigt ihre Partei, dass die in Deutschland lebenden Sinti und Roma ebenso denen in Deutschland lebenden Juden, auf Grundlage der gemeinsamen NS-Verfolgungsgeschichte, gleichgestellt werden?**

Wir erkennen das Leid der Sinti und Roma als Verfolgte des Naziregimes an. Das haben wir auch mit dem 2017 am Lohsepark eingeweihten Gedenkort „denk.mal Hannoverscher Bahnhof“ gezeigt. Bei der Einweihung waren Vertreterinnen und Vertreter von Sinti und Roma maßgeblich eingebunden.

Unter anderem die Errichtung der „Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen“ dient der Aufgabe, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen wachzuhalten und über die historischen Geschehnisse aufzuklären. Dabei ist es auch notwendig, die Folgen der Verbrechen und den gesellschaftlichen Umgang damit bis in die Gegenwart hinein aufzuzeigen und dies insbesondere für die Freie und Hansestadt Hamburg. Auch ist es wichtig, zu den Erfahrungen heutiger Generationen Gegenwartsbezüge herzustellen und damit die Bedeutung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus für die Gesellschaft heute aufzuzeigen. Darüber hinaus soll die Stiftung über die Folgen der NS-Verbrechen

informieren und den gesellschaftlichen Umgang mit dem historischen Geschehen bis in die Gegenwart hinein kritisch reflektieren.

**Wie könnten Sie zur Verbesserung der Lebenssituation der Sinti und Roma In Hamburg beitragen?**

Die Hamburger Sozialbehörde finanziert eine Vielzahl von Hilfen, die speziell auf die Schwierigkeiten von Sinti und Roma zugeschnitten sind. Das finden wir richtig und wollen das auch in Zukunft weiterhin tun.

Die Hamburger Sozialbehörde fördert eine Beratungsstelle für Roma und Sinti bei der Rom und Cinti Union e.V. und zudem beispielsweise verschiedene Vorhaben, deren Ziel es ist, Eltern und Frauen mit Kindern aus Sinti- und Romafamilien bei der Arbeitsmarktintegration zu unterstützen. So unterstützt ein im Rahmen des Hamburger ESF-Programms vom Landesverein der Sinti in Hamburg e.V. getragenes Projekt Frauen und Männer der Sinti und Roma bei der Entwicklung einer beruflichen Perspektive, insbesondere hinsichtlich einer möglichen Selbstständigkeit.

Hierzu leistet auch der Sinti-Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen e.V. mit seinem von der Sozialbehörde finanzierten Familienbildungszentrum für Sinti und Roma einen wichtigen Beitrag. Die im Rahmen dieses Projektes ausgebildeten und nun in verschiedenen Kindertageseinrichtungen tätigen Frauen und Männer nehmen eine nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion innerhalb ihrer Community wahr, die auch zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen aus diesen Gemeinschaften beiträgt.

**Anders als viele Bundesländer, hat Hamburg bis heute keinen Staatsvertrag mit den Hamburger Roma und Sinti geschlossen.**

**Wann gedenkt Hamburg das klare Bekenntnis zur Anerkennung der hamburgischen Sinti und Roma zu machen und legt eine verbindliche Förderung der Minderheit fest? Unterstützen Sie das Hamburg ebenfalls einen Staatsvertrag mit den Hamburger Roma und Sinti schließt?**

Grundsätzlich stehen wir einem solchen Vertrag positiv gegenüber. Die SPD-Fraktion hat dazu auch schon Gespräche mit anderen Fraktionen geführt. Bedingung für einen solchen Vertrag wäre aus unserer Sicht allerdings, dass er nicht ausgrenzend auf einen Teil der Sinti und Roma wirkt. Wir wollen dazu weiter im Gespräch bleiben. Mit der Sozialbehörde und der Senatskanzlei ist hierzu ein erstes Gespräch geführt worden.